

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

32. Sitzung
14. März 2024

Beginn: 09.01 Uhr
Schluss: 11.50 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) beantragt, dass der TOP 4 c zur Straffung der Tagesordnung vertagt werde.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Weiteres siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Katalin Gennburg (LINKE) fragt für ihre Fraktion:

"Ist Berlin seit dem Jahreswechsel 2024 glyphosatfrei, und wie bewertet der Senat den Rechtszustand, dass eine Glyphosat-Eilverordnung zum 01.01.2024 zunächst nur für ein halbes Jahr in Kraft getreten ist?"

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) antwortet, dass Berlin nicht glyphosatfrei sei. Ein Anwendungsverbot nur in Berlin stehe im Widerspruch zum europäischen Pflanzenschutzrecht und hätte ein Vertragsverletzungsverfahren zur Folge. Mit der Durchführungsverordnung 2023/2660 sei die Genehmigung bis zum 15. Dezember 2033 EU-weit verlängert worden. Bestehende Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff auf Grundlage der Verordnung 1107/2009 seien durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittel-

sicherheit Zulassungen bis zum 15. Dezember 2024 verlängert worden. Zulassungsinhabende Firmen könnten innerhalb von drei Monaten ab Erneuerung der Wirkstoffgenehmigung einen Antrag auf Erneuerung der Zulassung stellen. Diese Pflanzenschutzmittel dürften dann gemäß geltendem EU-Recht auch weiterhin im Land Berlin angewendet werden. Die Eilverordnung habe zur Herstellung von Rechtssicherheit für einen Übergangszeitraum von sechs Monaten gedient. Die abschließende Regelung der Pflanzenschutzanwendungsverordnung werde aktuell vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft gemeinsam mit den Ländern novelliert und zum 1. Juli 2024 in Kraft treten. Anwendungen auf Flächen, die nicht landwirtschaftlich, gärtnerisch oder forstwirtschaftlich genutzt würden, müssten durch das Pflanzenschutzamt genehmigt werden.

Katalin Gennburg (LINKE) bittet zu erläutern, inwiefern die BSR ein Vorreiter sein könne und Glyphosat nicht mehr anwende. Werde Glyphosat auf landeseigenen Flächen nicht mehr eingesetzt?

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) weist hin, dass auf Flächen, die für die Allgemeinheit zugänglich seien, Glyphosat laut § 17 PflSchG nicht verwendet werden dürfe. Das halte auch die BSR ein.

Alexander Bertram (AfD) fragt für seine Fraktion:

"Laut Presseberichten empfiehlt die Senatsverwaltung aus Gründen des Igelschutzes gänzlich auf Laubsauger zu verzichten und stattdessen das Laub unter Sträuchern zu lagern. Welche Schritte hat die Senatsverwaltung daher unternommen, um diese Empfehlung auch auf den landeseigenen Liegenschaften und bei den landeseigenen Unternehmen wie zum Beispiel den Berliner Wasserbetrieben (BWB) oder der Berliner Stadtreinigung (BSR) zur Anwendung zu bringen?"

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) erläutert, dass die Verwendung von Laubsaugern veraltet sei und nur noch Laubbläser eingesetzt würden. Letzterer werde auch nicht eingesetzt, wenn Biomasse als Habitat in den Grünflächen unter Sträuchern belassen werde. Das entspreche dem Handbuch Gute Pflege und der Strategie für biologische Vielfalt.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) fragt für seine Fraktion:

"Wie begleitet der Senat die Zusammenarbeit der Vattenfall Wärme mit der dänischen Firma Innargi zur Erkundung der Geothermiepotenziale in Berlin?"

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) weist hin, dass die SenMVKU nicht eingebunden gewesen sei, sondern die Beantragung und das Management des Bergrechts übernehme, und die Unternehmen mit Daten zum tiefen Untergrund und bei fachlichen und genehmigungsrechtlichen Fragen unterstütze. Das Engagement der Unternehmen werde begrüßt.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) fragt nach, wie sichergestellt werde, dass Geothermie zum größtmöglichen Nutzen der Energiewende eingesetzt werden könne. Wie werde die dort erzeugte Wärme vergütet?

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) unterstreicht, dass dies das Ziel der SenMVKU sei. – Bei einer Fündigkeit zahle der Investor die 1,5 Mio. Euro zurück. Danach werde eine Konzession erteilt. Die SenMVKU entwickle ein Modell, das Privatunternehmen Gewinne ermögliche, aber auch die Allgemeinnützlichkeits sicherstelle.

Danny Freymark (CDU) fragt spontan, wann die vor Kurzem begonnene Errichtung der Großwärmepumpe in Spandau abgeschlossen sei und wie das Projekt bewertet werde.

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) unterstreicht, dass das Projekt für die Reduzierung der CO₂-Emissionen der Wärmeerzeugung bedeutend sei. Neben der Abwärme der BSR werde auch Abwasserwärme genutzt. Aufgrund des Wasserrechts sei das Genehmigungsverfahren anspruchsvoll gewesen. Die Bauzeit betrage zwei Jahre. Die Leistung von 70 MW sei deutlich mehr als vergleichbare Anlagen in Deutschland.

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) berichtet, dass am 11. März eine gemeinsame Koordinierungsstelle für Kreislaufwirtschaft, Energieeffizienz und Klimaschutz –KEK – unter großem öffentlichem Interesse gestartet sei. Die KEK biete kostenfreie Services und Beratungen zur ökologischen Transformation durch Informationsangebote und Basisberatung, aber auch eine Vernetzung von Unternehmen. Das Ziel sei, dass die Unternehmen ihre Materialkreisläufe auf die Eignung für Kreislaufwirtschaft prüften, auch um betriebswirtschaftlich effizient arbeiten zu können. Für KMUs gebe es eine Detailberatung, da diese das Thema noch nicht so wahrnehmen. – Bezüglich der Gesamtstädtischen Wärmeplanung habe eine Informationsveranstaltung für die Fachöffentlichkeit stattgefunden. Dabei seien Fragen beantwortet, Szenarien entwickelt, Planung und Genehmigung besprochen und Erwartungen eingeordnet worden. Es werde keine straßenscharfe Einordnung geben, wo welches Wärmeinstrument genutzt werden könne. Eine neue Webseite sei eingerichtet worden.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) fragt nach, ob auch ohne breite Bevölkerungsbeteiligung Interessierte an einem Nahwärmeanschluss informiert würden. – Was sei der Stand bezüglich der Ausschreibung des Wärmekatasters?

Daniela Billig (GRÜNE) fragt, wie die SenStadt in die KEK eingebunden sei, um die großen Abfallmengen im Baubereich reduzieren zu können.

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) erläutert, dass es auch für Genossenschaften und die Quartiersentwicklung weitere spezifische Austauschformate geben werde. – Das Wärmekataster sei in der Endabstimmung. – Das KEK sei auch für Bauunternehmen ein Angebot, die eine spezifische Beratung erhalten könnten. Außerdem gebe es spezifische Angebote etwa zur Materialzwischenlagerung von ALBA.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/1355

**Gesetz über die Unterbringung und Versorgung von
geflüchteten Menschen und Asylbegehrenden auf
dem Tempelhofer Feld**

[0138](#)
UK(f)
StadtWohn*

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0108](#)
Wildtier-Kompetenzzentrum für Berlin
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke) UK
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0150](#)
**Aktueller Stand: Wildtierkompetenzzentrum für
Berlin**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD) UK
- (neu) c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0146](#)
**Evaluation des Umgangs mit Berliner Waschbären –
für ein evidenzbasiertes Wildtiermanagement**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke) UK

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/0716
**Berlin auch im Notfall versorgungssicher machen –
Trinkwasserbrunnen endlich sanieren, hierzu
Notfallversorgung mit Kraftstoffen und Notstrom
absichern!**

[0076](#)
UVK
InnSichO(f)

Alexander Bertram (AfD) weist hin, dass die Brunnen häufig defekt seien, was die Bevölkerung besorge. Seine Fraktion sehe daher weiterhin Handlungsbedarf bei der Information der Bevölkerung und weiteren konzeptuellen Maßnahmen.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) erläutert, dass mit den im laufenden Haushalt eingestellten 3,847 Mio. Euro die Finanzierungslücke geschlossen werde, die es seit der Übernahme durch die Hauptverwaltung 2022 gegeben habe. Die BWB hätten ein Betriebskonzept über 40 Mio. Euro für die nächsten zehn Jahre erarbeitet, das Wartung, Betrieb, Pflege und Beprobung vorsehe. Die Übergabe an die BWB werde vorbereitet. – Bezüglich der Bundesbrunnen gebe es Gespräche über das zukünftigen Vorgehen mit dem Bund. – Noch 2024 lege die SenMVKU ein Konzept zur leitungsgebundenen Trinkwasserversorgung im Katastrophenfall vor, um die Versorgung noch besser abzusichern.

Danny Freymark (CDU) begründet, dass der Antrag von 2022 abgelehnt werde, weil es schon gute Fortschritte gebe.

Der **Ausschuss** beschließt, dem federführenden Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung die Ablehnung des Antrags Drucksache 19/0716 mit geändertem Berichtsdatum 30. September 2024 zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.